



PRESSEMITTEILUNG

Unterhaltsreform: Falsche Anreize zulasten von Frauen und Kindern

Berlin, den 25.8.2023 – Den Vorstoß von Bundesjustizminister Marco Buschmann zur Unterhaltsreform findet der Verein MIA – Mütterinitiative für Alleinerziehende problematisch. Stefanie Ponikau, stellvertretende Vorsitzende von MIA, kritisierte heute in Berlin: „Das Aufrechnen von Mitbetreuungszeit gegen Kindesunterhalt setzt falsche Anreize. Es verschiebt unterhaltsrechtliche Fragen in den Bereich des Umgangsrechts. Das wird noch mehr Eltern in Umgangsstreitigkeiten bringen, Konflikte weiter anfachen, die involvierten Kinder noch mehr belasten.“ Ein Absenken des ohnehin nicht kostendeckenden Kindesunterhalts verschärft zudem die oft prekäre Situation vor allem gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder.

Nach Einschätzung des Vereins liefert eine solche Reform eine weitere Möglichkeit, Frauen und ihre Kinder unter Druck zu setzen und finanzielle Gewalt gegen sie auszuüben. „Das schadet dem Kindeswohl statt es zu fördern“, konstatiert Ponikau. „Das Rechtsstaats-Prinzip des Schutzes von Schwächeren sollte die Ampel nicht durch eine solche Gesetzgebung aufweichen, sondern nach tatsächlich fairen Lösungen für alle suchen“, so Ponikau weiter. Unterhalt zahlende Elternteile, die mehr mitbetreuen und daher Mehrkosten haben, könnten auch anders entlastet werden - „ohne die Kinder zu belasten.“

Darüber hinaus bleibe fraglich, wie die bereits heute überlasteten Familiengerichte die zusätzlichen Klagewellen bearbeiten sollen. „Offensichtlich ist dieser Reformvorschlag nur aus einer Perspektive entwickelt worden, statt von allen Seiten draufzublicken“, schließt Ponikau.

Über MIA – Mütterinitiative für Alleinerziehende e.V. i.G.

MIA entstand aus der digitalen Vernetzung alleinerziehender Mütter. Sie wollten über den Erfahrungsaustausch hinaus selbst aktiv werden: die Öffentlichkeit verstärkt über die Missstände und großen Hürden ihrer Lebenssituation aufklären und der Politik als Gesprächspartner aus Betroffenenensicht Impulse geben, um die oft prekäre Lage von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern zu verbessern. Dafür schlossen sie sich Ende 2017 zu MIA zusammen. Seit 2018 hat die bundesweite Initiative, der über 2.000 betroffene Mütter zugrunde liegen; ihre Bundesgeschäftsstelle hat sie in Berlin.

Seit 2020 ist MIA **Mitglied** im bundesweiten **Bündnis Istanbul-Konvention**, dem auch der Deutsche Frauenrat, der Deutsche Juristinnenbund, der Bundesverband Frauennotrufe und Frauenhäuser und zahlreiche weitere Akteure gegen Gewalt an Frauen angehören. Weitere Mitgliedschaften: Deutscher Verein e.V. sowie im europäischen Netzwerk gegen Gewalt an Frauen WAVE, dem über 160 NGOs angehören. Die Website von MIA ist unter www.die-mias.de zu finden.